VON HAUSARZT ZU HAUSARZT

Dr. Gerd W. Zimmermann

Facharzt für
Allgemeinmedizin
Kapellenstraße 9,
D-65719 Hofheim

Versicherungsleistung ist steuerfrei!

— Nach einem aktuellen Urteil des Bundesfinanzhofes (BFH) stellen Leistungen aus einer Praxisausfallversicherung, die Betriebskosten bei Erkrankung des Praxisinhabers erstattet, eine private Versicherungsleistung deshalb nicht versteuern (VIII R 6/07).

Im konkreten Fall hatte eine niedergelassene Ärztin eine Praxisausfallversicherung abgeschlossen. Nach einem Sturz war sie längere Zeit nicht arbeitsfähig. Die Versicherung erstattete ihr die fortlaufenden Betriebskosten, die nach Auffassung der zuständigen Finanzbehörde hätten versteuert werden müssen. Der BFH entschied aber, dass es sich hier um keine Betriebseinnahmen aus der freiberuflichen Tätigkeit handele. Entscheidend für die Zuordnung sei vielmehr die Art des versicherten Risikos. Krankheit sei, abgesehen von Sonderfällen wie der Berufskrankheit, grundsätzlich kein betriebliches, sondern ein privates Risiko. Die Versicherungsleistung für eine Praxisausfallversicherung sei daher nicht zu versteuern.

MMW Kommentar

Im Schadensfall sollte man deshalb darauf achten, dass solche Zahlungen vom Steuerberater nicht den Betriebseinnahmen zugeordnet werden. Leider hat das Urteil aber auch eine Schattenseite: Die an die Versicherung gezahlten Beiträge können nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden.

EU beschließt Verschärfungen bei Zahlungsverzug

— Ministerrat und Europäisches Parlament haben sich am 13. September 2010 auf eine Verschärfung der Richtlinie über den Zahlungsverzug (Richtlinie 2000/35/EG) geeinigt. Danach müssen nun öffentliche Auftraggeber, aber auch private Unternehmen, ihre Verbindlichkeiten grundsätzlich innerhalb von 30 Tagen begleichen. Anschließend fällt ein Verzugszins in Höhe von 8% über dem Basiszinssatz an.

Eine Verlängerung der Zahlungsfrist auf 60 Tage ist für die öffentliche Hand nur in Ausnahmefällen, für Privatunternehmen dagegen durch Vereinbarung möglich. Die Bestimmungen sollen vor allem kleinere Unternehmen schützen, die bei schleppender Bezahlung von Rechnungen in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen können.

Die formelle Abstimmung im Europäischen Parlament soll im Oktober erfolgen. Die Bestimmungen würden dann voraussichtlich ab 2013 gelten.

MMW Kommentar

Die neue EU-Regelung kann natürlich auch auf den ambulanten ärztlichen Bereich übertragen werden. Begleitet ein Patient seine Privatrechnung nicht innerhalb der genannten Frist, ist auch hier die Möglichkeit gegeben, den genannten Verzugszins in Rechnung zu stellen. Da der Basiszinssatz zur Zeit bei 0,12% liegt, wäre dabei ein Aufschlag von insgesamt 8,12% fällig.

Kostenerstattung und ambulante Kodierrichtlinien – wie geht das?

— Gesundheitsminister Rösler (FDP) will im kommenden Jahr eine Großreform der Ärztehonore in Angriff nehmen. Geplant ist der Einstieg in ein System der Kostenerstattung, zunächst aber nur auf freiwilliger Basis. Nur so könne mehr Transparenz ins System gebracht werden und ein „mündiger Verbraucher“ entstehen. Über die Rechnungsstellung hofft der Minister auch, die hohe Zahl der Arztbesuche pro Patient zu verringern, was mit der Praxisgebühr von 10 Euro pro Quartal bisher nicht erreicht wurde..

MMW Kommentar

Diametral dieser Entwicklung entgegengesetzt sind momentan die Pläne der KBV. Sie glaubt trotz der nunmehr gesetzlich

festgelegten Totalbudgetierung der ambulanten Honorare noch an eine Rückkehr zur morbiditätsbedingten Gesamtvergütung und forciert die Einführung der neuen ambulanten Kodierrichtlinien (AKR). Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte werden dadurch mit einem neuen bürokratischen Monster konfrontiert, ohne so recht eine Perspektive für eine Verbesserung der Honorierung geboten zu bekommen. Sollte nach Ende der erneuten Budgetierungsphase 2012 nämlich tatsächlich ein Kostenerstattungssystem eingeführt werden, wäre dieser Arbeitsaufwand auch noch völlig sinnlos gewesen.